

## Enquete abgeschlossen – Nun beginnt die Arbeit

Die FDP zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ • Von Hans-Joachim Otto

Allein die Existenz der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ war ein wichtiges Signal für die Bedeutung, die der Kultur in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung beigemessen wird. Der Bericht der Kultur-Enquete – das Ergebnis von vier Jahren Arbeit und die Essenz der Empfehlungen zahlreicher Experten aus dem Kulturbereich, der Wissenschaft und der Politik – ist ein wertvolles Kompendium der Kultur in Deutschland und die Grundlage für die kulturpolitischen Aktivitäten der kommenden Jahre.

Auch wenn die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ nicht die kontinuierliche öffentliche Berichterstattung und Diskussion erfahren hat, wie es sicher wünschenswert gewesen wäre, ist die Arbeit doch zumindest in der Fachöffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Zudem waren viele der maßgeblichen Akteure der Kultur in Deutschland als Sachverständige, Experten, Gutachter oder Ratgeber im Hintergrund am Entste-

hen des Schlussberichtes der Enquete-Kommission beteiligt.

Das Zusammenwirken in der Enquete-Kommission hat zu einem Zusammenrücken der Kulturpolitiker geführt und es ist erfreulich, dass sich die Kulturpolitiker aller Fraktionen in fast allen Punkten auf eine gemeinsame Position einigen konnten: jeweils auf diejenige Forderung und Handlungsempfehlung, die zum Wohl der Künstler, Kulturschaffenden und des kulturellen Lebens ist. Die intensive Zusammenarbeit untereinander und die vielen Anhörungen und auswärtigen Termine haben zu zahlreichen Kontakten und Begegnungen geführt, die für eine erfolgreiche politische Arbeit nah an den Bedingungen des Lebens unerlässlich sind.

Die Enquete-Kommission hat zudem einige öffentliche Debatten angestoßen, und zwar sowohl zu Themen, die ich persönlich für weniger weiterführend halte, wie z.B. die Frage nach einer „Quote für Musik aus Deutschland“, als auch zu unstrittig wichtigen Themen, wie

etwa der Reform des Rechts der Verwertungsgesellschaften, also des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes. Der wichtigste Gedankenanstoß der bisher von der Enquete-Kommission ausgegangen ist, ist sicherlich die von allen Kommissions-Mitgliedern einmütig getragene Forderung nach einer Ergänzung des Grundgesetzes um ein Staatsziel Kultur. Der Umgang mit dieser Forderung, die in einem Zwischenbericht der Kultur-Enquete vorab veröffentlicht wurde, zeigt zudem, wie es auch mit den übrigen Empfehlungen der Enquete-Kommission weitergehen wird: Nachdem die Enquete-Kommission die Empfehlung für das Staatsziel Mitte 2005 ausgesprochen und veröffentlicht hatte, hat sie den weiteren Fortgang der politischen Willensbildung in den Fraktionen des Deutschen Bundestages überlassen.

Bereits im Januar 2006 hat die FDP-Bundestagsfraktion diese Empfehlung der Enquete-Kommission aufgegriffen und einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht. Auch

wenn sich bisher noch keine parlamentarische Mehrheit gefunden hat, war es wichtig, dieses Thema im Bundestag auf die Tagesordnung zu setzen und den Entscheidungsdruck zu erhöhen. Mittlerweile haben sich auch die Sozialdemokraten zu einer Befürwortung des Staatsziels Kultur durchgerungen, so dass die CDU/CSU-Fraktion jetzt unter Zugzwang steht, sich zu entscheiden, ob sie für oder gegen die Grundgesetzergänzung ist.

Es fällt nicht leicht, bei den zahlreichen wichtigen Themenkomplexen, die in der Enquete-Kommission behandelt wurden, eine Priorisierung vorzunehmen. Was ist wichtiger? Sind es die rechtlichen Rahmenbedingungen der Theater und sonstiger Kulturbetriebe oder ist es die Altersversorgung von Künstlern oder ist es die kulturelle Bildung? Es wird eine nicht ganz einfache Aufgabe werden, die Fülle wichtiger Handlungsempfehlungen in eine Reihen-

Weiter auf Seite 13

folge zu bringen und es ist klar, dass die Umsetzung viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Exemplarisch möchte ich von den Themen in der Kultur-Enquete, die aus liberaler Sicht von besonderer Bedeutung waren und deren weitere Bearbeitung von einer gewissen Dringlichkeit ist, den Kulturauftrag und die kulturelle Tätigkeiten des Rundfunks nennen.

Bei diesem Thema gibt es eine interessante Ausgangslage: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, also die Gesamtheit von ARD, ZDF und dritten Programmen, den regionalen Radioprogrammen und Deutschlandradio und Deutschlandfunk sowie den Spartenkanälen wie 3sat, arte oder Phoenix, hat mit einem Gesamtetat von über acht Milliarden Euro ungefähr mehr Geld zur Verfügung als Bund, Länder und Kommunen insgesamt für die Kulturförderung ausgeben – mit einem entscheidenden Unterschied: Während der Etat des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kontinuierlich und beträchtlich steigt, gibt es bei den öffentlichen Kulturausgaben einen bedrohlichen Rückgang, der auf Einsparungen bei den Ländern und Kommunen zurückzuführen ist.

Ausgangspunkt der Befassung der Kultur-Enquete mit dem Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen

Rundfunks war die einhellige Meinung, dass der Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur unzureichend wahrgenommen wird. Bei aller Wertschätzung der kulturellen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bestand innerhalb der Enquete-Kommission Konsens darüber, dass von ARD und ZDF mehr erwartet werden kann, ja mehr erwartet werden muss. Aus diesem Grunde hat die Enquete-Kommission eine Reihe von Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk an seine Pflicht und Verantwortung erinnern, seinen Kulturauftrag wahrzunehmen. Neben einer Präzisierung des Kulturauftrages der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im nächsten Rundfunkstaatsvertrag, die auch aus medienpolitischen Gründen unabdingbar ist, wäre die Aufnahme einer festen Rubrik „Kulturnachrichten“ in den Hauptnachrichtensendungen eine vergleichbar einfach umzusetzende Maßnahme, um die besondere gesellschaftliche Relevanz der Kultur deutlich zu machen. Es ist nicht einzusehen, warum selbst Ergebnisse der zweiten Fußball-Bundesliga wie selbstverständlich einen Platz in den Nachrichten bekommen, wichtige Schauspiel- oder Opernpremierer aber auch Ereignisse der Populärkultur nur selten Erwähnung in den Nachrichten finden.

Gerade angesichts der immer größeren Vielfalt an audiovisuellen Angeboten ist es wichtig, dass die etablierten und objektiven Plattformen, wie es die Hauptprogramme von ARD und ZDF sind, eine Navigatorfunktion erfüllen und relevante Informationen aus dem Bereich der Kultur anbieten.

Ein weiteres Thema, welches sich zu einer zügigen Umsetzung anbietet, ist das Thema Kulturwirtschaft. Es kann und sollte vor allem deshalb unverzüglich angepackt werden, weil eine Beförderung dieses Themas fast kein Geld kostet, sondern eine verstärkte politische Aufmerksamkeit schon fast ausreicht. Der Anspruch der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bei der Bearbeitung des Themas Kulturwirtschaft war es, allen Entscheidungsträgern den zweifachen Gewinn vor Augen zu führen, der sich mit einer Investition in die Kulturwirtschaft erzielen lässt. Zum einen ist die Kulturwirtschaft einer der wenigen

Wirtschaftszweige in Deutschland, die über ein enormes Wachstumspotential verfügen, zum anderen sind die kulturwirtschaftlichen Unternehmen attraktive Arbeitgeber und bereichern die jeweilige Region mit ihren Produkten. Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn sich in Deutschland die Politik für ein ähnliches Projekt stark machen würde, wie es in Großbritannien unter dem Stichwort „Creative Britain“ geschehen ist und dort einen Boom vor allem der kleinen kreativen Unternehmen ausgelöst hat.

Auch wenn sicherlich nicht jede Handlungsempfehlung des Schlussberichtes umgesetzt werden kann (und manche hoffentlich auch nicht umgesetzt wird!), auch wenn sich bei der Vielzahl der Informationen der eine oder andere Fehler in den Bericht eingeschlichen hat: Es gab wahrscheinlich noch nie einen so klaren und umfassenden Auftrag an die Politik, was veranlasst werden muss, um die Rahmenbedingungen der Kultur in Deutschland optimal zu gestalten. Wir Politiker haben nun die Aufgabe, das Beste daraus zu machen.

*Der Verfasser war für die FDP Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ und ist Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ■*



Christoph Waitz, MdB, Olaf Zimmermann, Sachverständiges Mitglied der Kultur-Enquete und Hans-Joachim Otto, MdB bei einer Sitzung im Paul-Löbe-Haus (v.l.n.r.).  
Foto: Jan Gerd Becker-Schwering